



Foto: ROBIN WOOD

Ohne Ende Gorleben

Atommüll außer Kontrolle

Erhöhte Strahlenwerte im Atommüllzwischenlager Gorleben? Egal! Am 24. November wird abermals hochradioaktiver Atommüll aus Frankreich per Castortransport auf die Reise gehen. Mit zahlreichen Protestaktionen, Blockaden und Kundgebungen werden tausende Menschen nicht nur im Wendland gegen diesen atomaren Wahnsinn demonstrieren. Eine Großdemonstration wird am 26. November rund um Dannenberg stattfinden:

www.robinwood.de/energie.

Ergebnisoffene Suche?

Immer mehr Atommüll wird direkt neben dem offiziell als Erkundungsbergwerk bezeichneten Salzstock von Gorleben angehäuft. Vermeintlich „ergebnisoffen“ wird dort die Eignung des Salzstocks für die dauerhafte Lagerung von hochradioaktivem Atommüll „erforscht“. Ergebnisoffen? Wieso wird der Atommüll aus Frankreich per Castor ausgerechnet in das entlegene Gorleben transportiert, statt in die Standortlager an den Atomkraftwerken, die den Müll produziert haben? Ergebnisoffen? Nachdem sich herausgestellt hat, dass es ein geschlos-

senes Deckgebirge zur Abschirmung von Wassereintrüben über dem Salzstock, ehemals eine zwingende Voraussetzung, gar nicht gibt. Ergebnisoffen? Nachdem rund um und teilweise im Salzstock von Gorleben zahlreiche Gasfelder gefunden wurden. Doch die geologische Eignung von Gorleben hat, das zeigen inzwischen zahlreiche Dokumente, die der parlamentarische Untersuchungsausschuss ans Licht gebracht hat, offenbar noch nie eine Rolle gespielt. Weil Gerichte in den 70er Jahren wegen der völlig fehlenden Atommüllentsorgung den Ausbau der Atomwirtschaft zu blockieren drohten, musste schnellstens ein Standort her. Überall in der Bundesrepublik protestierten Menschen gegen die unverantwortliche Atomenergie. Zigtausende demonstrierten mit viel Entschlossenheit in Wyhl, Brokdorf, Grohnde und Kalkar gegen die Atomenergie. Massive Wirtschaftsinteressen standen auf dem Spiel. Da war keine Zeit für langwierige Forschung, welche Sicherheits-Anforderungen an die dauerhafte Lagerung für hochradioaktiven Atommüll zu stellen sind. Es brauchte einen Ort, an dem möglichst wenig Widerstand zu erwarten war: Gorleben hieß damals die

Antwort einer SPD-geführten Bundesregierung unter Helmut Schmidt, eines CDU-Ministerpräsidenten Ernst Albrecht in Niedersachsen und eines Walther Leisler-Kiep, CDU-Wirtschafts- und Finanzminister in Hannover.

Noch mehr Atommüll!

Als wäre das noch nicht genug: Obwohl die Frage der Eignung von Gorleben laut Bundesumweltministerium (BMU) noch immer offen ist, werden immer mehr strahlende Atommüllmengen für die dauerhafte Lagerung in Gorleben eingeplant. Bislang sollten in Gorleben vor allem hochradioaktive Brennelemente eingelagert werden, rund 44.800 Kubikmeter Atommüll. Jetzt soll sich offenbar die Menge verdreifachen und insgesamt 105.500 Kubikmeter eingelagert werden. Ein großer Teil soll abgereichertes Uran aus der Herstellung von Brennelementen sein. Noch vor wenigen Jahren galt diese strahlende Hinterlassenschaft als Wertstoff, wurde zur vermeintlichen Wiederaufarbeitung von der Urananreicherungsanlage in Gronau quer durch Europa nach Russland transportiert. Dort lagerte der Strahlenmüll unter abenteu-

erlichen Bedingungen. Massive Prostete sorgten schließlich dafür, dass die Verträge mit Russland gekündigt wurden. Im nächsten Jahr will das BMU eine vorläufige Sicherheitsanalyse für Gorleben vorlegen. Alle bisherigen Untersuchungen sollen dazu zusammengefasst und bewertet werden. Außerdem soll dargestellt werden, wo es aus Sicht des BMU noch Forschungsbedarf gibt. Verantwortlich für diese Zusammenstellung ist u.a. Bruno Thomauske. Bis 2003 war er 20 Jahre beim Bundesamt für Strahlenschutz für Gorleben zuständig, galt als einer der heftigsten Befürworter der Endlagerung. Dann wechselte er zum Atomkonzern Vattenfall, war dort für den Betrieb der AKWs Brunsbüttel und Krümmel zuständig. Als beide Reaktoren 2007 wegen erheblicher Störfälle vom Netz gingen, reagierte Vattenfall mit Halbwahrheiten, Lügen und Verharmlosungen. Verantwortlich dafür war vor allem Bruno Thomauske: Nach massiven Protesten aus der Bevölkerung und der Politik musste Vattenfall ihn schließlich

feuern. 2008 tauchte Thomauske als Leiter des Instituts für nuklearen Brennstoffkreislauf an der RWTH Aachen wieder auf. Ein Institut, das laut Tagesspiegel wesentlich vom Atomkonzern RWE finanziert wird.

Thomauske ist nun einer der maßgeblichen Mitverfasser der vom BMU beauftragten „vorläufigen“ Sicherheitsanalyse, für die „ergebnisoffen“ geforscht und gearbeitet werden soll. Bereits 2004 hat Thomauske in der Zeitschrift „Atomwirtschaft“ eindeutig erklärt, dass zur Eignungsbewertung keine weiteren Erkundungsarbeiten mehr notwendig sind: „Der Eignungsnachweis, ob der Standort für hochradioaktive, wärmeentwickelnde Abfälle geeignet ist, könnte schon heute erfolgen.“ (zitiert nach BT-Drucksache 17/6639 der Fraktion Die Grünen).

Kein Wunder, wenn vor diesem Hintergrund der für Ende dieses Jahres erwartete Entwurf für ein Endlagersuchgesetz nicht mehr sonderlich ernst genommen wird. Darin sollen – ohne auf Gorleben zu verzichten – weitere möglicherweise

geeignete Standorte identifiziert werden. Denn der Vorwurf, dass niemals Alternativen zu Gorleben ernsthaft erkundet wurden, wiegt schwer. Mit diesem Gesetzentwurf will Umweltminister Röttgen der Öffentlichkeit suggerieren, dass er lernfähig ist und diese Kritik aufnimmt. Ernst zu nehmen ist das nicht. Immer mehr Castorbehälter stehen bereits in Gorleben in Wartestellung und weitere kommen in den nächsten Jahren hinzu. Enorme Atommüllmengen lagern vollkommen ohne Entsorgungsnachweis in Russland und an anderen Standorten in Deutschland. Die Experten sind von der Atomwirtschaft bezahlt: Ergebnisoffen ist da gar nichts. Klar ist vielmehr: Gorleben soll Atommülllager werden – egal wie es um die Sicherheit bestellt ist.

Dirk Seifert, Energiereferent ROBIN WOOD, energie@robinwood.de

<http://www.robinwood.de/Atommuell-Lager:66.0.html>

Zwischen Bombe und GAU

Urananreicherung in Gronau

Während die Bundesregierung ihren Atomausstieg feiert, geht im westfälischen Gronau alles weiter wie gehabt. Obwohl der Betrieb von AKWs seit dem Sommer 2011 per Atomgesetz befristet ist, darf in Gronau weiter unbefristet Uran angereichert und damit das Atomrisiko in die Welt exportiert werden. Für die Kettenreaktion in Atomkraftwerken muss das spaltbare Uran 235 auf eine Konzentration von ca. fünf Prozent angereichert werden. Im Natururan liegt dieser Anteil bei nur ca. 0,7 Prozent. Gronau ist eine Anlage, die besonders auf das militärische Risiko der Atomenergie verweist. Die in Gronau betriebene Anreicherung in Zentrifugen ermöglicht grundsätzlich auch eine Konzentration von über 20 Prozent Uran 235. Eine Menge, mit der man bereits Atombomben herstellen könnte. Weltweit deckt die Urananreicherungsanlage Gronau heute etwa

ein Zehntel des Bedarfs für die Brennelementeherstellung. Ein Skandal, der mit Atomausstieg nicht wirklich was zu tun hat, kritisieren nicht nur regionale Initiativen. Anfang Juli protestierten ROBIN WOOD Aktive mit einer ganztägigen Blockade gegen den Weiterbetrieb. Gruppen, wie das SOFA aus Münster, organisieren den weiteren Widerstand. Im Februar wollen sie mit einer Uran-Konferenz über das schmutzige Geschäft und über die Risiken dieses Stoffes informieren. Am ersten Fukushima-Mahntag im März 2012 wird eine Demonstration organisiert. Die Entsorgungskommission des Bundesumweltministeriums wird die UAA Gronau, die Zwischenlager an den

Im Juni 2011 blockieren ROBIN WOOD AktivistInnen die Einfahrt der Atomfabrik in Gronau

AKW Standorten sowie die Brennelementefabrik in Lingen Crash-Tests unterziehen. Ergebnisse dieser Tests werden dann im April/Mai 2012 erwartet.

*Dirk Seifert, Hamburg
www.robinwood.de/uran*



Foto: aaa-West